



Medienkommentar

US-Kongressabgeordneter Grayson prangert[...] Propaganda gegen Putin an



in den letzten Wochen hörte und las man, wie Politiker aus aller Welt die Angliederung der Krim an Russland als völkerrechtswidrig einstufen.

in den letzten Wochen hörte und las man, wie Politiker aus aller Welt die Angliederung der Krim an Russland als völkerrechtswidrig einstufen. Nun meldete sich der amerikanische Kongressabgeordnete Alan Grayson zu Wort und widersprach dieser weit verbreiteten These. Auf einer Sitzung des Kongressausschusses für Außenpolitik prangerte der Politiker vor allem die kriegerische Propaganda gegen Putin und Russland an. Hören Sie selbst: „Sie mögen sagen, dass [Janukovitsch] aus guten Gründen seines Amtes enthoben wurde. Es gibt Beschuldigungen gegen ihn, dass er korrupt gewesen sei, und es gibt Beschuldigungen gegen ihn, dass er das Militär gegen seine eigenen Leute eingesetzt habe, um an der Macht zu bleiben“, sagte Grayson. „Aber Tatsache ist, dass ihr Führer, derjenige, dem die Krimbewohner die Verantwortung für ihr Land übergeben hatten, aus ihrer Sicht entmachtet worden ist. So sollte es uns nicht überraschen, [...]dass es die Krimbewohner satt hatten und dieses künstliche Gebilde namens Ukraine verlassen wollten.“

Dann fährt der Parlamentarier fort: „Nun, die Russen haben tatsächlich geholfen. Sie haben geholfen, indem sie die lokale ukrainische Armee und die Marine entwaffneten. Das ist es, was sie taten. Sie taten es praktisch unblutig. Sie taten es, damit die ukrainische Armee und die Marine das Referendum, das abgehalten wurde, nicht beeinträchtigen konnten. Das ist, worum es ging. Weshalb tun wir so, als ob es anders gewesen wäre? Weshalb sprechen wir von nackter Aggression, weshalb sprechen wir von einem Diebstahl der Krim, weshalb sprechen wir von Tyrannei, oder der Neuen Sowjetunion, oder von rücksichtslosem Vorgehen, oder von verwegendem Macht-an-sich-Reißen oder vom tyrannischen Bär Putin, oder vom Zweiten Kalten Krieg?“, fuhr Grayson fort.

„Das ist nicht irgend ein neuer Kalter Krieg, der da stattfindet“, sagte er. „Es ist genau genommen ziemlich genau das Gegenteil. Wir sollten erfreut sein zu sehen, erfreut sein zu sehen, wenn ein praktisch unblutiger Machttransfer an einem Ort der Welt für zwei Millionen Menschen Selbstbestimmung erwirkt – an irgendeinem Ort der Welt. Und was wir hier anstelle dessen genau genommen sehen, ist die Verunglimpfung Putins, die Verunglimpfung Janukowitschs, die Verunglimpfung von irgendjemandem, den wir als unseren Feind zu bezeichnen versuchen. Davor war es Saddam Hussein, seitdem ist es Assad. Das hilft nicht.“ „Das Grundprinzip hier ist die Selbstbestimmung“, sagte Grayson. „Das ist es, was auf der Krim geschah, und es steht uns nicht zu, dies anders zu beurteilen.“

von sm.

Quellen:

<http://dailycaller.com/2014/03/26/alan-grayson-says-us-should-be-pleased-russia-annexed-crimea/http://www.c-span.org/video/?c4488111/alan-grayson-opening-comments>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.